

Einschreiben

NAME KONSUMENT  
STRASSE / HAUSNUMMER  
PLZ UND ORT  
LAND

An  
FIRMENBEZEICHNUNG  
STRASSE / HAUSNUMMER  
PLZ UND ORT  
LAND

ORT, DATUM

**KUNDENNUMMER, RECHNUNGSNUMMER ODER AKTENZAHL**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich beziehe mich auf Ihr Schreiben vom XX, in dem Sie einen Betrag von XX Euro für die angebliche Inanspruchnahme einer Internet-Serviceleistung verlangen.

**Eine oder mehrere der unten angeführten rechtlichen Formulierungen treffen für mich zu:**

- Ich habe mich auf Ihrer Internetseite nicht angemeldet. Es besteht kein Vertrag mit Ihrem Unternehmen und daher auch keine Zahlungsverpflichtung.
- Der angeblich mit Ihnen abgeschlossene Vertrag soll von meinem minderjährigen Kind (bis Vollendung des 18. Lebensjahres) durchgeführt worden sein. Mein Kind ist Schüler/Lehrling ohne ausreichendes Einkommen und konnte ohne meine Zustimmung daher den Vertrag nicht rechtsgültig abschließen. Ich habe weder in einen Vertragsabschluss eingewilligt, noch genehmige ich einen Vertrag.  
Es besteht kein Vertrag mit Ihrem Unternehmen und daher auch keine Zahlungsverpflichtung.
- Ein wirksamer Verzicht über das Widerrufsrecht gemäß § 5f KSchG liegt nicht vor, da ich dem Ausschluss des Widerrufsrechtes nicht ausdrücklich zugestimmt habe (ein Verweis auf die AGB reicht nicht aus) und auch nicht schriftlich per E-Mail oder per Post nach Vertragsabschluss über das Rücktrittsrecht gemäß § 5d KSchG informiert wurde. Da keine korrekte Belehrung über das Rücktrittsrecht gemäß § 5d Konsumentenschutzgesetz erfolgte, ist die Rücktrittsfrist nach wie vor offen.
- Ich erkläre folglich innerhalb offener Frist den Rücktritt vom Vertrag gemäß § 5e KSchG.
- Da auf Ihrer Website nicht klar auf die Entgeltspflicht hingewiesen wurde, ist mangels Einigung über Preis und Dienstleistung (Ware) kein gültiger Vertrag mit Ihrem Unternehmen zustande gekommen.

- Ich fechte einen allfällig zustande gekommenen Vertrag vorsichtshalber wegen Irrtums und aus jedem anderen tauglichen Rechtsgrund an.

Auch wenn in Ihren AGBs ein anderes Recht als österreichisches Recht vereinbart wurde, kommen dennoch die zwingenden Schutzbestimmungen des österreichischen Rechts (KSchG und ABGB) gem. Art 6 Rom I VO zur Anwendung.

Mit freundlichen Grüßen

UNTERSCHRIFT